

Die bizarre Art des Rauswurfs Bamberger SPD-ler

Zum FT-Artikel [Rauswurf noch in diesem Jahr?](#) vom 3. Juni 2022

Den einschlägigen Artikeln nach zu schließen gibt sich der Bamberger SPD-Unterbezirk seit einem halben Jahr alle Mühe, das Mitglied Klaus Stieringer aus der SPD zu werfen. Das will jedoch nicht so richtig gelingen. Die Ansichten über „parteischädigendes Verhalten“ und damit einhergehende Sanktionen gehen zu weit auseinander. Prozessuale Vorschriften schieben sich in den Vorder- bzw. Hintergrund; sodass keiner mehr weiß, wer aktiv und wer passiv legitimiert ist. Irgendeine Schiedskommission hat sich noch nicht gemeldet, dass bei ihr ein Ausschlussantrag eingegangen sei.

Die neue Botschaft des UB-Vorsitzenden Andreas Schwarz, dass „das Urteil über den Verbleib von Klaus Stieringer in der SPD nun ein Schiedsgericht des Landesverbands fällen soll“, ist rechtlich unmöglich. München ist sachlich und örtlich nicht zuständig. Der Angeklagte würde seinem gesetzlichen Richter entzogen und einer Tatsacheninstanz beraubt.

© *Andreas Stenglein*, Bamberg - Gaustadt, 13.06.2022

FRITAG, 3. JUNI 2022

BAMBERG

Rauswurf noch in diesem Jahr?

FAKE-PROFIL-AFFARE Das Urteil über den Verbleib von Klaus Stieringer in der SPD soll nun ein Schiedsgericht des Landesverbands fällen. Der Bundestagsabgeordnete Andreas Schwarz geht von einem klaren Fall und schnellen Verfahren aus.

VON MICHAEL WEINER

Bamberg – Die Rückkehr von Klaus Stieringer in die Vollsitzung des Stadtrats im Mai verlief demonstrativ geräuschlos. Der einstimmige SPD-Politbüro, gegen den im März ein einstimmiges Parteiausschlussverfahren verhängt worden war, nahm im hinteren Drittel des Hörsaals Platz und enthielt sich selbst dann einer Wortmeldung, als es um heiße Eisen wie den Verkehrsentwicklungsplan ging.

Was ist mit den Vorwürfen aus dem Winter, als der ehemalige Fraktionsvorsitzende mit seinem Bekenntnis zu Fake-Profilen in der BR-Satire-Sendung „Quer“ ein politisches Erdbeben in Bamberg ausgelöst hatte? Stieringer ist seitdem weitgehend abgetaucht. Nach wie vor lehnt er es ab, zu den Hintergründen der Facebook-Traile Sandmann und Co. irgendwelche substantiellen Aussagen zu treffen und zur erdrückenden Beweislast. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch am Donnerstag antwortet er nicht auf unsere telefonischen und schriftlichen Anfragen.

Doch das von Schwarz gezeichnete Schwarzweissbild hinter den Kulissen beschädigt die Affäre Stieringer nach wie vor die Bamberger SPD, sie belastet die mit ihr verbundenen öffentlichen Institutionen – und sie spaltet die Genossen. Und das in einem sehr wörtlichen Sinne. Die Partei, für die Stieringer unter anderem bei der Sparkasse Bamberg und der Arbeiterwohlfahrt Bamberg-Stadt und Landkreis einflussreiche Aufgaben wahrnimmt, wird sich bei künftigen Wahlen in einer neuen Struktur präsentieren. Man könnte auch sagen, sie wird sich verkleinern. Voraussichtlich ab Januar 2023 wird es keinen großen SPD-Unterebezirk Bamberg-Forchheim mehr geben, sondern drei kleine – einen Unterbezirk für Bamberg-Stadt, Bamberg-Land und für Forchheim.

Wann enden die Querelen?

Bundestagsabgeordneter Andreas Schwarz, bisheriger Vorsitzender im Auslaufbezirk Bamberg-Forchheim, bedauert diese vom Kreisverband Bamberg-Stadt eingeleitete Entwicklung. Weniger deshalb, weil er als führender SPDler durch die neue Struktur gewissermaßen in seiner Rolle beschnitten wird. Aus seiner Sicht erschwert sie die Arbeit in den Wahlkreisgrenzen, die sowohl bei Bundes-, aber auch bei Landtagswahlen über die Grenzen der kommunalen Gebietskörperschaften hinausgehen. „Wir müssen ja trotzdem miteinander reden.“

SPD soll schlagkräftiger werden

Wie nachvollziehbar ist der Austrittsbeschluss der Bamberger SPD aus dem Unterbezirk kurz nach dem heftigen Schlagabtausch um Klaus Stieringer? Der Bamberger SPD-Kreisvorsitzende Felix Holland hat eine andere Sicht auf die Dinge. Er weist die Kritik von



Neuerdings als Hinterbänkler im Stadtrat: Der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Stieringer soll sich in einem Parteiausschlussverfahren beim Landesverband der SPD verantworten. Foto: Michael Weiner

Schwarz an der Teilung des Unterbezirks zurück. Der mehrheitlich gefasste Beschluss habe nichts mit dem Parteioordnungsverfahren gegen Stieringer zu tun, sondern verfolge das Ziel die SPD in der Region schlagkräftiger zu machen. „Wir versprechen uns dadurch mehr Stärke.“

„Stieringer hätte jederzeit eine eidesstattliche Erklärung abgeben können, dass er mit den erfundenen Persönlichkeitsprofilen nichts zu tun hat.“



ANDREAS SCHWARZ
SPD Unterbezirk
Bamberg-Forchheim

Trotz der Querelen gibt Schwarz die Hoffnung nicht auf, dass die Krise, in die die Gausa Stieringer die Partei gestürzt hat, irgendwann ein Ende findet. Immerhin: Der Beschluss des Kreisverbands

Bamberg-Stadt, dem Unterbezirk den Rücken zu drehen, konnte den Zug nicht mehr stoppen, der im März Fahrt aufgenommen hat – das Parteiausschlussverfahren gegen Klaus Stieringer. Damals hatte der Unterbezirk einstimmig grünes Licht gegeben, dass sich der 52-jährige Stadtrat und Stadtmarketing-Geschäftsführer in einem Parteiverfahren wegen der gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe erklären soll.

Landes-SPD befasst sich mit Stieringer

Dabei bleibt es, auch wenn die drei Kreisverbände künftig eigene Wege gehen. „Wir haben entschieden, das Verfahren gegen Stieringer beim Landesverband der SPD anzusiedeln“, sagt Schwarz. Auch der zweite Beschluss ist einstimmig gefallen. Dennoch verbleibt der 57-jährige Bundestagpolitiker nicht, dass mit diesem Schritt Zweifel aus Bamberg entgegengewirkt werden soll, das Schiedsgericht werde nicht neutral arbeiten. „Das Urteil des Landesverbands wird über jeden Zweifel erhaben sein“, sagt Schwarz. Er ist guter Dinge, dass die Klärung der Vorwürfe schnell, möglicherweise in der zweiten Jahreshälfte, abgeschlossen werden kann. „Stieringer hat sich parteischädigend verhalten. Die Faktenlage ist sehr eindeutig.“

Wesentlicher Vorwurf, auf den sich das Verfahren stützt, ist ein Brief, den Klaus Stieringer Anfang des Jahres an SPD-

Mandatsträger und Medien in ganz Deutschland verschickt hat. Stieringer erweckte darin den Eindruck, Schwarz arbeite mit der AfD zusammen – freilich ohne wädhaltige Beweise zu liefern.

Ähnlich klar ist aus Sicht von Schwarz die Einordnung der Fake-Account-Affäre. „Stieringer hätte jederzeit eine eidesstattliche Erklärung abgeben können, dass er mit den erfundenen Persönlichkeitsprofilen nichts zu tun hat, hat es aber nicht getan. Er hat mindestens einen Account selbst betrieben und die anderen gesteuert“, sagt Schwarz und erinnert daran, dass Stieringer einen Post von Stefan Sandmann auch in einer SPD-WhatsApp-Gruppe geteilt hat, um das Meinungsbild zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Auch Medienvertreter seien auf diese Weise angegriffen worden: „Ein solcher Angriff ist ein Angriff auf die Pressefreiheit und mit den Werten der SPD nicht zu vereinbaren.“

Den klaren Aussagen von Schwarz steht auch im Juni eine beschwichtigende Bamberger SPD gegenüber. Kreisvorsitzender Felix Holland will zu den Vorwürfen gegen seinen Fraktionskollegen seine eigenen Feststellungen treffen. Diese zu klären, sei Aufgabe des Schiedsgerichts. Daran hätten alle Interesse, auch Klaus Stieringer. Felix relativiert die Hoffnungen von Schwarz auf einen schnellen Parteiausschluss Stieringers: „Das Verfahren kann auch mit einer Rüge enden.“

Siehe auch: [Stieringer setzt sich in die Nessel](#)